

## **Die Rechtschreibreform auf der Kippe**

# **Vielköpfiger Rechtschreib-Rat**

## **Allzu breite Zusammensetzung geplant**

von Joachim Güntner

Im Streit um die Rechtschreibreform tut sich die Politik nach wie vor schwer, eine sachgerechte Entscheidung zu treffen. Diesen Eindruck jedenfalls erweckt der Vorschlag, den die deutsche Kultusministerkonferenz gestern zur Besetzung des neuen "Rats für deutsche Rechtschreibung" publik gemacht hat. Bekanntlich soll ein solcher Rat nach dem Ende der Reform-Übergangszeit am 31. Juli 2005 an die Stelle der bisherigen Zwischenstaatlichen Kommission für deutsche Rechtschreibung treten. Mit dem Ziel, die Einheitlichkeit der Rechtschreibung im deutschen Sprachraum zu bewahren, soll der Rat den Schreibusus beobachten und die Rechtschreibung auf der Grundlage des orthographischen Regelwerks im notwendigen Umfang weiterentwickeln.

Der mit Spannung erwartete Vorschlag zur Besetzung dieses Gremiums zeugt von einem eklatanten Mißverständnis der Natur von Sprache und Schreibung. Sage und schreibe 36 Mitglieder, Vertreter der "wichtigsten Gruppen aus Wissenschaft und Praxis" aus Deutschland (18), Österreich und der Schweiz (je 9), sollen dem Rat angehören. So kämen denn zu den Wissenschaftlern aus Akademien und linguistischen Instituten nicht allein Pädagogen und Repräsentanten des Schriftstellerverbands PEN, sondern auch die wirtschaftlichen Interessengruppen hinzu: Abgeordnete von den Wörterbuchverlagen Duden und Bertelsmann, vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels, von den Nachrichtenagenturen und den Verlegerverbänden der Zeitungen und Zeitschriften. Überdies sollen Vertreter von Schulen, Eltern und Behörden Gehör finden, bevor der Rat seine Empfehlungen abgibt. Bei dem zu erwartenden Stimmengewirr ist es nur konsequent, wenn sich die Politik die Entscheidungsgewalt über Änderungen am Regelwerk vorbehält. Sollte sie entgegen dem Votum des Rats entscheiden, so müsse sie sich mit ihm noch einmal beraten, heißt es. Also ihn erneut anhören, nicht aber seinen Voten folgen. Doch als orthographische Palaver-Runde, übergroß und ohne Beschlußmacht, wird der Rat die Rechtschreibmisere kaum beenden können.

Artikel erschienen in Neue Zürcher Zeitung (NZZ) online am 28. September 2004